

Terminologie

Neoliberalismus in der Wirtschaftspolitik

Ideologisch aufgeladene Kampfbegriffe sind ein beliebtes Mittel der politischen Auseinandersetzung: Man kann sie in die Welt hinausposaunen, Emotionen schüren, muss aber nicht präzisieren, was man meint. Ein sehr populäres Wort ist »Neoliberalismus«, wobei seine abenteuerliche Umdeutung festzustellen ist. Auch Politiker benutzen die Vokabel oft in dem Sinne, dass der Staat auf wirtschaftspolitischen Einfluss verzichten solle. Zu denken wäre an Nachwächterstaat und Raubtierkapitalismus.

Geprägt wurde der Begriff von liberalen Ökonomen 1938 auf einem internationalen Kongress in Paris. Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und Friedrich August von Hayek ging es seiner Zeit in Abgrenzung zum Liberalismus des »Laissez-faire« um einen »neuen« Liberalismus, der dem Staat eine starke Rolle abfordern wollte. Eben dieser Neoliberalismus war bis vor zehn Jahren gleichbedeutend mit Ordoliberalismus und damit grundlegend für die soziale Marktwirtschaft.

Walter Eucken brachte die Dinge als Verfechter einer wirtschaftlich effizienten, menschenwürdigen Ordnung in Freiheit auf den Punkt. Ordoliberale Politik will nicht nur Effizienzmaximierung, sondern behält die Freiheit der Bürger im Blick, die vor ihrem Missbrauch durch privatwirtschaftliche und staatliche Macht zu schützen ist. Insofern ist dem Ordoliberalismus ein starker Staat zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung wichtig. Ordnungspolitik sorgt mit Rahmenbedingungen für intensiven Wettbewerb, da nur er eine optimale Güterversorgung der Bevölkerung garantiert (Effizienz) und Bürger vor der Willkür privater Macht schützt (Freiheit). Ebenso streng ist der Staat gehalten, lenkende Eingriffe in den Wirtschaftsprozess (Subventionen) zu unterlassen. Nur so sind auch Willkür und Missbrauch staatlicher Macht hinsichtlich der Bürger und ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen domestizierbar.

Weiteres Element einer ordoliberalen Wirtschaftsordnung ist ein realistisches Preissystem, vor allem ohne staatliche Verzerrungen: Nur wenn Preise Knappheitsverhältnisse vernünftig abbilden, können

sich die Menschen darauf einstellen und Anstrengungen zur Verringerung der Knappheit unternehmen. Zudem werden offene, transparente Märkte verlangt: Jede Eintrittsbarriere für potentielle Konkurrenz senkt die Wettbewerbsintensität und vergrößert Machtspielräume der am Markt etablierten Akteure. Zudem ist Privateigentum wichtig: Die Menschen gehen sehr viel

weniger verantwortungsvoll mit Dingen um, die ihnen nicht gehören. Dies gilt insbesondere für Staatseigentum. Im Übrigen erwürbe der Staat eine erdrückende Machtfülle, wäre das Eigentum, etwa an den Produktionsmitteln, bei ihm konzentriert.

Wesentlich ist auch das Moment der Haftung: Nur wer die Konsequenzen seiner wirtschaftlichen Handlungen umfassend tragen muss, geht sorgfältig und umsichtig vor. Im Übrigen muss Wirtschaftspolitik verlässlich sein. Die Ökonomie ist naturgemäß von vielen Unwägbarkeiten geprägt. Der Staat darf diese Unsicherheit nicht noch durch sprunghafte Politik eskalieren.

Der Ordoliberalismus klassischer Prägung strebt also eine Wirtschaftsordnung an, die wirtschaftliche Effizienz und menschenwürdiges Dasein nachhaltig gewährleistet. Zwei Anliegen, die nie gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Leider tun Politiker aller Parteien oft genug genau das und hindern sich dadurch selbst an wirtschaftspolitischen Einsichten, die wir heute dringender benötigen denn je. ■



Dr. Lüder Gerken

Dr. Lüder Gerken, Vorstand der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Ordnungspolitik, Direktor des Centrums für Europäische Politik, Freiburg i. Br.